Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 185 (2019)

Heft: 1-2

Rubrik: Internationale Nachrichten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Irland

Ausbeuterische Arbeitszeiten

Die Streitkräfte Irlands haben ein Problem. Der akute Mangel an Offizieren beschert dem aktiven Korps im Schnitt zwischen 65 und 70 Arbeitsstunden pro Woche. Die irische Offiziersgesellschaft (97% aller Offiziere sind in ihr vertreten) führte deshalb während 17 Wochen eine repräsentative Umfrage bei ihren Mitgliedern durch und stellte fest, dass die Regierung die verbindlichen Auflagen der EU-Arbeitszeitrichtlinie total missachtet. Obwohl das Verteidigungsministerium in dieser Sache aktuell in 35 Rechtsfälle verwickelt ist, welche demnächst vor dem Obersten Gericht in Dublin verhandelt werden, bleiben Lösungsvorschläge aus.

Offenbar nimmt es die Regierung hin, dass Offiziere in verschiedensten Kategorien total überarbeitet sind (Gefängniswachen 65 Stunden, Flughafensicherheit 53 Stunden, Küstenwache 63 Stunden und Bombenentschärfer 70 Stunden pro Woche). Der Generalsekretär der irischen Offiziersgesellschaft, Commandant Conor King, macht aber klar, dass auch die Unteroffiziere der Kampfmittelbeseitiger im Durchschnitt 56 Stunden pro Woche und deren Fahrer 60 Stunden arbeiteten und warnt, dass dies alles auf Kosten der Gesundheit des Personals geschehe und damit letztendlich die Sicherheit des Landes in Frage gestellt wird. King sagt dazu, es sei zudem nicht ungewöhnlich, dass junge Leutnants im Schnitt 60 Wochenstunden Dienst leisten. Das sei für ihn jedoch völlig nachvollziehbar, denn bereits den jungen Militärs wird eingebläut, einen Auftrag ohne zu hinterfragen auszuführen. Insofern, so King, «sind wir alle Opfer unseres eigenen Erfolgs».

Das führt mitunter zu einem regelrechten Exodus im Berufsoffizierskorps. Dieser hält, seit 2012 die irische Armee in eine 9500 Soldaten starke Berufsarmee mit einer kleinen Komponente von rund 4000 Reservisten umgewandelt wurde, ungebremst an und führt zu Unterbeständen von 40–50% von Offizieren in gewissen Einheiten. «Wir verlieren jedes Jahr 75 bis 85 Offiziere, von denen bis zu 70% vor der Pensionierung gehen. Das ist einfach nicht nachhaltig. In einigen Fällen dauert es bis zu fünf Jahre, um die benötigten Fachkräfte nachzurekrutieren und auszubilden», sagt Lieutenant Colonel Earnán Naughton, ehemaliger Generalsekretär der Offiziersgesellschaft und fügt an: «in jedem anderen Sektor würde das ganz klar als Ausbeutung betrachtet werden». Die irische Polizei hält sich derweil bereits an die EU-Vorgaben. Länder wie Deutschland, das Vereinigte Königsreich und Schweden haben diese Richtlinie ebenfalls bereits für ihre Streitkräfte umgesetzt.

Immer rarer: Offiziersanwärter in Irland. Foto: military.ie

Norwegen

Die NATO setzt sich in Szene

Nachdem Russland vor kurzem seine Streitkräfte anlässlich VOSTOK 2018 testete, legte die NATO nach. Das grösste militärische Manöver der Allianz seit dem Ende des Kalten Kriegs fand anfangs November in Norwegen statt. Die TRIDENT JUNCTURE genannte NATO-Volltruppenübung brachte etwa 65 Schiffe, 250 Flugzeuge, 10000 Fahrzeuge und 50000 Soldaten zusammen.

Basierend auf einem hypothetischen Szenario ging es darum, die Souveränität des skandinavischen Königsreichs nach dem Angriff eines fiktiven Feindes wiederherzustellen.

Insgesamt beteiligten sich 31 Länder (alle 29 NATO-Mitglieder sowie die Partner Schweden und Finnland) an dem Manöver, die sich einen Einsatzraum von der Ostsee bis nach Island teilten. Ziel war es, die Interoperabilität der diversen Truppen zu testen und entsprechend auf Bedrohungen in einer «unvorhersehbaren und unbestimmten Zeit», die aus jeder Richtung kommen könnten, reagieren zu können, so die offizielle Note der NATO.

Anlässlich der Eröffnungszeremonie erklärte Generalsekretär Jens Stoltenberg: «Dies ist ein starker Beweis für unsere Fähigkeiten und unsere Entschlossenheit, zusammenzuarbeiten. TRIDENT JUNCTURE sendet eine klare Botschaft an unsere Nationen und an jeden potenziellen Gegner. Die NATO sucht keine Konfrontation, aber wir sind bereit, alle Verbündeten gegen jede Bedrohung zu verteidigen», sagte er.

Insbesondere die logistische Abwicklung der Übung war auf Grund ihrer Grösse eine besondere, multinationale Herausforderung. Seit August beschäftigten sich Vorausdetachemente damit, an 27 verschiedenen Standorten die nötige Infrastruktur aufzubauen. Daran waren etwa 160 Transportflüge und insgesamt 60 Frachtschiffe beteiligt. Die Verantwortung darüber oblag Admiral James Foggo, der die gesamte Übung von Bord der USS Mount Whitney befehligte. «Die NATO setzt sich für die Sicherung des Atlantikraums ein und zeigt somit die dauerhafte Stärke der transatlantischen Verbindung», so Foggo. Unter Einsatz spezifischer «High Value Assets» wie dem Flugzeugträger «Harry S. Truman» beteiligten sich auch mehrere tausend Soldaten der USA und Kanada am Manöver.

Russland, obwohl durch den Nordatlantikpakt frühzeitig informiert und als Beobachter eingeladen, zeigte sich besorgt und warnte davor, auf die ver-

stärkte Truppenpräsenz entlang seiner Westgrenze militärisch zu reagieren. Insbesondere der US-Amerikanische Ausstieg aus dem INF-Vertrag zur Kontrolle der nuklearen Mittelstreckenraketen veranlasse nun die teilnehmenden europäischen Staaten dazu, Russland wieder in Einklang mit der Rüstungskontrolle zu bringen, so ranghohe Diplomaten. Deshalb wurde es begrüsst, dass sowohl Weissrussland als auch Russland Beobachter an die Übung entsandten, welche darüber hinaus noch der Zertifizierung der für 2019 bereitgestellten NATO-Sofortreaktionstruppe dient.

Österreich

Auslandeinsätze des Bundesheers verlängert

Ende November 2018 hat die Österreichische Regierung die Verlängerung der friedensfördernden Auslandeinsätze des Österreichischen Bundesheeres (ÖBH) beschlossen. Die routinemässige Verlängerung erfolgte für ein weiteres Jahr bis Ende 2019. Sämtliche aktuell bedienten UNO-, NATO- und EU-Missionen werden dadurch weitergeführt.

Konkret können laut Beschluss weiterhin bis zu 600 Soldaten in den Kosovo (Bestand aktuell 430), 400 nach Bosnien Herzegowina (Bestand aktuell 300) und 250 in den Libanon (Bestand aktuell 175) entsendet werden. Im Bedarfsfall kann eine Aufstockung um je 250 im Balkan, respektive 50 im Nahen Osten erfolgen. Weiterhin bleibt das ÖBH mit acht Stabsoffizieren in Zypern vertreten und beteiligt sich mit bis zu 15 Soldaten an der UNO-Stabilisierungsmission in Mali. 20 ÖBH-Angehörige sind zugunsten der OSZE-Sonderbeobachtermission in der Ukraine eingesetzt.

Bleibt: ÖBH-Soldat der Multi Role Logistic Unit im Libanon.

Ebenfalls bleiben die Auslandeinsätze für die OSZE in Moldawien, die NATO in Afghanistan, die EU-Trainingsmission in Mali, gegen Schlepper im Mittelmeer und der Militärbeobachter in der Westsahara und dem Nahen Osten zu Gunsten der UNO, sowie in Georgien im Auftrag der EU Teil des Aufgabenspektrums des Bundesheeres.

Syrien

«Alte» Flüchtlinge wollen zurück

Im Jahr 2011 zählte das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) in Syrien 526744 registrierte palästinensische Flüchtlinge, die meisten davon untergebracht in mehr oder weniger offiziellen Camps. Nun führte das UNRWA, welches durch einen UNO-Sicherheitsratsbeschluss 1949 gegründet wurde und insgesamt für mehr als fünf Millionen vertriebene Palästinenser zuständig ist, eine erste Schadensbewertung in den Flüchtlingslagern Yarmouk bei Damaskus sowie Dera'a im Süden Syriens im vom bald von acht Jahren Bürgerkrieg gezeichneten Land durch.

Yarmouk nach der Rückeroberung. Bild: fb.com/LensYoungdimashqi

Die Situation sieht äusserst schlecht aus: Sämtliche UNRWA-Gebäude sind restaurationsbedürftig. Von insgesamt 23 Gebäuden, darunter 16 Schulen, müssen 75% vollständig neu aufgebaut werden. Alle drei medizinischen Einrichtungen in Yarmouk sind zerstört. Einzig in Dera'a blieb ein Verteilzentrum unbeschädigt. Eine Klinik und die drei Schulen müssen dort aufwändig repariert werden. Immerhin, von den vormals 10000 Palästinensern sind bereits 400 Familien nach Dera'a zurückgekehrt, seit im Juli 2018 die Regierung die Kontrolle in der Region wieder übernommen hat.

Wajiha Mohammed, eine 63-jährige Witwe, kehrte anfangs Dezember 2018 mit ihren beiden Töchtern und zwei Enkeln in ihre Baracke zurück. Ihre Möbel wurden geplündert, das Wellblechdach hat Einschusslöcher und zwei Decken müssen repariert werden, nachdem diese von Mörsergranaten getroffen wurden. «Ich weiss nicht, wie ich das bezahlen soll, ich bin in dieses Haus zurückgekehrt, weil ich gebeten wurde, das unmöblierte Haus in einer sichereren Gegend zu verlassen, in der ich hockte; ich kann es mir nicht leisten, Miete zu zahlen. Ich überlebe nur mit der Unterstützung des UNRWA», sagt sie.

Die syrische Regierung befürwortet die Rückkehr der Palästinenser in ihre Camps. Problematischer ist die Situation aber in Yarmouk. Dort lebten vor dem Konflikt rund 160000 Flüchtlinge. Die überwiegende Mehrheit der Häuser und Grundinfrastruktur ist aber zerstört. Aus dem neben Damaskus gelegenen Ort konnten erst im Mai 2018 die letzten Kämpfer des Islami-

schen Staats vertrieben werden.

Allein die syrischen Behörden sind nun in der Lage, für Strom und Wasser zu sorgen und alsdann den sicheren Zugang zum von nicht explodierten Kriegsresten verseuchten und zerstörten Lager zu gewähren. Erfolgreich geschah dies bereits 2015 in Husseiniyeh und 2017 dann in Sbeineh und Khan Eshieh. Ohne Hilfe des UNRWA wird es aber an der minimalen Grundversorgung (Gesundheitsdienste und Bildung) fehlen. Aber das Hilfswerk befindet sich in einer schweren Finanzierungskrise. Der Emergency Appeal 2018 für Syrien konnte nur zu 16 Prozent finanziert werden. Der Gesamtbedarf lag bei 329 Millionen US-Dollar.

USA

Augmented-Reality-Brille für Soldaten

Das US-Militär will für 480 Millionen US-Dollar mehr als 100000 Kampfversionen des Augmented-Reality-Headsets HoloLens von Microsoft bestellen. Damit will die US-Armee ihre Schlagkraft in Kampfeinsätzen erhöhen.

Microsoft hat von der US-Armee einen Auftrag über die Lieferung von Augmented Reality-Systemen im Wert von 480 Millionen US-Dollar erhalten. Laut der Armee sollen die speziell angepassten HoloLens-Brillen in Kampfeinsätzen und in der Ausbildung verwendet werden. Laut US-Regierung soll mit der neuen Technologie die Schlagkraft der Truppe erhöht werden, indem sie die Fähigkeit einzelner Soldaten verbessert, Feinde zu erkennen und zu bekämpfen.

Ein Microsoft-Sprecher gab gegenüber Bloomberg an, dass Augmented Reality dabei helfen soll, die Truppen mit mehr und besseren Informationen zu versorgen. Das neue Projekt solle ausserdem die Zusammenarbeit zwischen dem US-Verteidigungsministerium und Microsoft weiter stärken. Bereits zuvor wurden AR-Systeme sowohl von der US Army als auch vom israelischen Militär genutzt, allerdings ausschliesslich für Übungszwecke. Die Nutzung in Kampfeinsätzen wäre ein Novum.

Die für die Armee gedachten Prototypen der HoloLens unterscheiden sich deutlich von dem Modell für zivile Anwender. Die US Army verlangte in der ursprünglichen Ausschreibung, dass die gesuchte Hardware unter anderem Nachtsicht sowie eine Wärmebildkamera enthalten sollte. Ausserdem soll die Brille Vitalzeichen wie Atmung und Konzentration messen und Gehirnerschütterungen erkennen können.

Microsoft muss nun innerhalb von zwei Jahren zunächst 2500 Geräte liefern. Sollte das klappen, will die Armee insgesamt über 100000 HoloLens-Systeme bestellen. Neben Microsoft hatte sich abseits von klassischen Rüstungskonzernen wie Booz Allen Hamilton und Lockheed Martin auch das AR-Startup Magic Leap um das Projekt beworben.

Allerdings gibt es bei Microsoft interne Kritik an einer Kooperation mit dem Militär. In Zusammenhang mit der Ausschreibung eines Militär-Cloud-Projektes veröffentlichten Mitarbeiter einen Blogpost, in dem sie ihren Arbeitgeber dazu aufforderten, sich nicht darum zu bewerben. Microsofts Chefjustiziar und Präsident, Brad Smith, gab zu Protokoll, dass Angestellte mit ethischen Problemen gerne in für sie unbedenkliche Bereiche des Unternehmens wechseln dürfen.

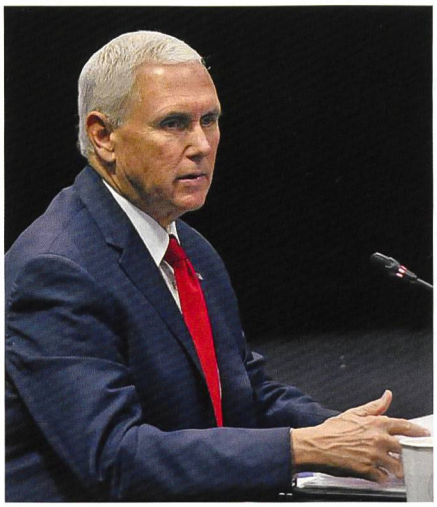
Asean

USA warnt vor China

Am Gipfel der Asean Staaten Ende 2019 warnte die USA vor Chinas Hegemoniestreben. Die Asean-Länder hielten sich zurück.

Die Vereinigten Staaten haben kaum verhohlen Kritik an Chinas Machtpolitik in Asien geübt. «Wir alle stimmen überein, dass imperiales Verhalten und Aggression keinen Platz im Indo-Pazifik haben», sagte Vize-Präsident Mike Pence in Singapur im Gespräch mit den Staats- und Regierungschefs der südostasiatischen Gemeinschaft Asean. Die Vereinigten Staaten wiederum «suchen Kooperation, nicht Kontrolle», versicherte Pence. Er sprach sich auch für «freien, gerechten und wechselseitigen Handel» aus.

Seine Äusserungen wurden als Hinweis auf den wachsenden Einfluss Chinas in der Region und dessen umstrittene Ansprüche im Südchinesischen Meer verstanden. Pence bemühte sich auch, Irritationen über die Abwesenheit von Präsident Donald Trump bei dem Asean-Treffen und dem folgenden Asien-Pazifik-Gipfel (Apec) zu entkräften: «Das Engagement der Vereinigten Staaten im indopazifischen Raum ist unerschütterlich und beständig.»



US-Vizepräsident Pence warnt vor Chinas Hegemoniestreben. Foto: Bullit Marquez

Ausser Pence sind die Staats- und Regierungschefs Japans, Indiens, Südkoreas, Russlands und Australiens angereist, um sich mit den Asean-Kollegen auszutauschen. Im Mittelpunkt des Ostasien-Treffens standen der Ausbau der Wirtschaftskooperation, die Gefahren durch den Handelskrieg zwischen den Vereinigten Staaten und China für den globalen Warenverkehr und der Territorialstreit mit China im Südchinesischen Meer. Die Volksrepublik beansprucht den grössten Teil des strategisch wichtigen, rohstoffreichen Seegebietes. Das Internationale Schiedsgericht in Den Haag hat 2016 die Ansprüche abgewiesen. Peking ignoriert das Urteil und baut Militäranlagen auf Inseln und Riffen.

Angesichts der wachsenden Macht Chinas hält sich die Asean mit Kritik auffällig zurück. Die zweitgrösste Volkswirtschaft ist im achten Jahr in Folge der wichtigste Handelspartner der Gemeinschaft. Ohnehin sind es ausser den Philippinen nur Vietnam, Malaysia und Brunei, die ebenfalls Ansprüche im Südchinesischen Meer erheben.

Zu Asean gehören die zehn Länder Indonesien, Malaysia, Thailand, die Philippinen, Vietnam, Myanmar, Brunei, Laos, Kambodscha und Singapur. Die Gemeinschaft ist mit 635 Millionen Einwohnern der sechstgrösste Wirtschaftsraum und will bis 2030 zur Nummer vier nach den Vereinigten Staaten, China und der EU aufsteigen. Zweimal pro Jahr treffen sich die Staats- und Regierungschefs.

Japan

Pläne zur Anschaffung eines Flugzeugträgers

Tokio schaltet von der Defensive in die Offensive – und würde damit sogar mit der Verfassung brechen. Laut Medienberichten will es seine Helikopter-Träger für Flugzeuge upgraden.

Japan könnte erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg Flugzeugträger besitzen. Die Regierung unter Premier Shinzo Abe in Tokio wird seine zwei bereits bestehenden Helikopter-Träger der Type Izumo umwandeln, damit sie Kampfjets transportieren können, berichten japanische Medien. Die Regierung wolle die Pläne im Rahmen einer überarbeiteten Verteidigungsstrategie im Jahr 2019 vorstellen, heisst es.

Auch neue Kampfjets will sich der ostasiatische Inselstaat laut Berichten zulegen: Ganze 100 F35 Kampfjets für 7,7 Milliarden Euro wolle Tokio von den USA erwerben – zusätzlich zu den 42 Flugzeugen, die es bereits bestellt habe.

Mit dem Upgrade seiner 248 Meter langen Izumo-Schiffe, die Platz für je 14 Helikopter haben, würde Japan sich von seiner pazifistischen Nachkriegsverfassung abwenden. Diese billigt dem Militär reine Verteidigungszwecke zu.

Doch Premier Abe strebt schon seit Langem eine Verfassungsänderung an: Er will die pazifistische Nachkriegskonstitution revidieren, den «Selbstverteidigungskräften», wie die Streitkräfte heissen, das Recht auf Verteidigung gemäss der UN-Charta gewähren und wieder eine «normale» Militärmacht werden.

Japans Selbstverteidigungskräfte. Bild: APA

Dass Japan nun eine derartige Kehrtwende vollziehen könnte, hat mit seinem immer stärker werdenden Nachbarn zu tun: China rüstet auf und zeigt seine neu gewonnene militärische Stärke auch mit regelmässigen Flottenübungen nahe japanischem Territorium im Ostchinesischen Meer und im Pazifik.

Ein jahrelanger Zankapfel zwischen den Staaten sind die Senkaku- oder Diaoyu-Inseln: Unbewohnte Inseln im Ostchinesischen Meer unter japanischer Verwaltung, die die Volksrepublik beansprucht.

Doch auch, dass China durch das Aufschütten künstlicher Inseln und Militärpräsenz immer weitere Teile im Südchinesischen Meer unter seine Kontrolle bringt, stösst Japan sauer auf: Es ist für seine Energieversorgung auf die südostasiatische Schiffsroute angewiesen.

Chile

Korruption im Oberkommando

Chiles Präsident Sebastián Piñera hat 21 von 46 Generälen in den vorzeitigen Ruhestand versetzt, nachdem schwere Korruptionsfälle in der Armee aufgedeckt wurden. Zudem ist der frühere Oberkommandierende, General Juan Emilio Cheyre, wegen Menschenrechtsverbrechen im Putschjahr 1973 verurteilt worden.

Bei jeder Ernennung eines neuen Oberbefehlshabers, die alle vier Jahre ansteht und in der Regel mit der Geschäftsübernahme des neu gewählten Präsidenten zusammenfällt, kommt es zu einigen vorzeitigen Entlassungen von Generälen. Der jetzige radikale Schnitt durch Piñera ist ungewöhnlich und nur mit der Umstrukturierung der Armee 1990, nach der Rückkehr des Landes zur Demokratie, zu vergleichen.

Untersuchungen der Finanzbehörde hatten ergeben, dass zwischen 2010 und 2014 etwa drei Millionen Franken aus dem Militäretat veruntreut worden sind. Die Gelder für die Streitkräfte kommen aus zehn Prozent des Kupferverkaufs des staatseigenen Bergbaukonzerns Codelco, dem weltgrössten Kupferproduzenten. Dieser «reservierte Fonds» entzieht sich jeder parlamentarischen Kontrolle und der Betrug wurde letztlich vom Finanzamt aufgedeckt. Gelder für angebliche Käufe von militärischer Ausrüstung wurden in Privattaschen umgeleitet.

Unlängst wurden weitere Geldhinterziehungen aufgedeckt. In 1500 Fällen wurden Dienstreisen für Offiziere gebucht und die Tickets danach in private Ferienaufenthalte umgetauscht.

Nun hat Präsident Piñera zusammen mit Verteidigungsminister Alberto Espina die Notbremse gezogen. Der jetzt erfolgte Generationswechsel in der Spitze der Armee ist eine einschneidende Massnahme, aber, so bemängeln Kritiker, keine Garantie für ein der Demokratie verpflichtetes Offizierskorps, solange die Ausbildung junger Offiziere und Unteroffiziere einer demokratischen Kontrolle entzogen ist und alte Seilschaften in- und ausserhalb der Armee weiterbestehen, die sich jeglicher Aufdeckung von Menschenrechtsverbrechen während der Diktatur entziehen.

Australien

Geopolitik im Pazifik

Australiens Premierminister Scott Morrison hat den Südpazifik zur Priorität seiner Aussenpolitik erklärt. Er kündigte an, fünf neue diplomatische Vertretungen in der Region zu eröffnen. Zusätzlich soll die australische Marine in den pazifischen Gewässern mehr Präsenz zeigen.

Für die lokalen Streitkräfte und Polizeien ist eine bessere Ausbildung vorgesehen. Aus einem speziellen Fonds sollen Infrastrukturprojekte finanziert werden, dafür stehen knapp 1,5 Milliarden Franken zur Verfügung.

Pascal Kohler, Henrique Schneider

swiss made
Kompetenz für Schutz
und Sicherheit

GENERAL DYNAMICS
European Land Systems

gdels.com

Defense Solutions for the Future